

Partizipation in der Städtebauförderung

Städtebauliche Begleitforschung
Wissenstransfer Städtebauförderung 2017

Dokumentation des Werkstattgesprächs vom
26. April 2017 in Mannheim

Am 26. April 2017 fand in Mannheim das Werkstattgespräch „Partizipation in der Städtebauförderung“ im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Wissenstransfer Städtebauförderung“ statt. Ziel der Veranstaltungsreihe ist es, den Erfahrungs- und Wissenstransfer zu spezifischen Themen und Fragen der Städtebauförderung für Programmakteure zu fördern. Am Werkstattgespräch am 26. April 2017 nahmen rund 75 Vertreter aus Kommunen sowie Landes- und Bundesvertreter aus insgesamt 9 Bundesländern teil.

Programm

- 10:00 Uhr Begrüßung und Einführung
Jürgen Götdecke-Stellmann, BBSR
Arnold Jung, Stadt Mannheim
- 10:15 Uhr Bandbreite von Beteiligungsprozessen in der Sozialen Stadt
Timo Heyn, empirica AG, Bundestransferstelle Soziale Stadt
- 11:00 Uhr Partizipation in der Städtebauförderung: Erfahrungen auf Landesebene
Wolfgang Stehmer, Referat Städtebauliche Erneuerung,
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg
- 11:45 Uhr Aus kommunaler Sicht: Bürgerbeteiligung vor Ort aktiv gestalten!
Arnold Jung und Nadja Wersinski, Stadt Mannheim
- 12:30 Uhr Mittagspause
- 13:30 Uhr Parallele Themenwerkstätten (TW):
Partizipation in der kommunalen Förderpraxis
- TW1 Strategien zur Sozialplanung
Nicole Schubert und Wiebke von Wietersheim, Stadt Stuttgart
- TW2 Nichtinvestive Städtebauförderung
Dieter Gohl, Stadt Bruchsal
- TW3 Partizipation und Konversion
Laura Todaro, MWS Projektentwicklungsgesellschaft mbH Mannheim
- TW4 Gemeinwohlorientierte Quartiers-entwicklung
Antje Eickhoff, Montag Stiftung Urbane Räume
- 15:00 Uhr Kaffeepause
- 15:15 Uhr Podiumsgespräch mit den Referenten/ Diskussion im Plenum
- 16:00 Uhr Ende der Veranstaltung

Moderation: Dr.-Ing. Frank Friesecke, die STEG Stadtentwicklung GmbH

Jürgen Göddecke-Stellmann begrüßte von Seiten des BBSR die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Er wies darauf hin, dass die Werkstattgespräche im Rahmen der Städtebaulichen Begleitforschung „Wissenstransfer Städtebauförderung“ bereits seit 2010 eine wichtige Plattform für den programmübergreifenden Austausch sind. In diesem Rahmen sollen die Themen übergreifend diskutiert werden, wie in den vergangenen Werkstattgesprächen zu Verfügungsfonds und Schrottimmobilien und dem heutigen Thema Partizipation in der Städtebauförderung.

Dr. Frank Friesecke, Leiter der STEG Akademie und des Geschäftsfelds Stadterneuerung bei der STEG Stadtentwicklung GmbH in Stuttgart, leitete als Moderator des Werkstattgesprächs in das Thema Partizipation in der Städtebauförderung ein. Vor dem Hintergrund des fortschreitenden Wandels unserer Gesellschaft seien die Städte und Gemeinden gefordert im Zuge der Quartiersentwicklung passende Beteiligungsformate zur Einbindung ihrer Bürgerinnen und Bürger anzubieten. Insbesondere im Förderprogramm Soziale Stadt existierten seit mittlerweile zwei Jahrzehnten umfangreiche Erfahrungen, wie lebendige Nachbarschaften befördert und der soziale Zusammenhalt gestärkt werden können. Die Herausforderungen in den Gebieten der Städtebauförderung seien in jüngster Zeit aber weiter gestiegen: Der Wohnungsdruck in prosperierenden Ballungsräumen. Die soziale Integration von Geflüchteten, u.a. durch Arbeit, Bildung und Gesundheit. Die „richtigen“ Beteiligungsformate in ländlichen Gebieten. Ziel des Werkstattgesprächs sei es, im Laufe des Tages Strategien, Instrumente und Erfolgsfaktoren für erfolgreiche Beteiligung herauszuarbeiten.

Timo Heyn, Prokurist der empirica AG, ging in seinem Vortrag auf die Bandbreite von Beteiligungsprozessen in der Sozialen Stadt ein. Die empirica AG ist seit 2015 Bundestransferstelle zum Städtebauförderungsprogramm "Soziale Stadt".

Einführend zeigte Timo Heyn auf, in welchen Bereichen die Partizipation im Programm Soziale Stadt verankert ist. Die Programmsäulen der Sozialen Stadt seien das Integrierte Entwicklungskonzept, das Quartiersmanagement und Beteiligungsformate wie Verfügungsfonds. Des Weiteren gab er einen empirischen Überblick über das Programm Soziale Stadt, etwa zu den wichtigen Kooperationspartnern und Veranstaltungen. Anschließend ging er auf Beteiligungsprozesse in den Programmphasen Vorbereitung, Umsetzungsphase und Verstetigung ein.



Timo Heyn, Prokurist der empirica AG, Foto: die STEG

In der Vorbereitungsphase steht die Erarbeitung eines Integrierten Entwicklungskonzeptes als Grundlage für die Programmumsetzung. Es sollen hier u.a. Bewohner, Eigentümer, Einrichtungen und Träger vor Ort sowie die Fachverwaltung und Behörden eingebunden werden. Es sei wichtig, zu Beginn die Zielsetzung der Beteiligung zu definieren und den erforderlichen und leistbaren Aufwand realistisch zu ermitteln. In der Vorbereitungsphase werden die Bedarfe vor Ort erfasst – z.B. über schriftliche Haushaltsbefragungen, Passantenbefragungen, Interviews, Expertengespräche, Befragungen von Eigentümern und Gewerbetreibenden. Timo Heyn ging auf die Vor- und Nachteile dieser Methoden ein und betonte, dass es wichtig sei, im Anschluss an die erste Befragungsrunde zu ermitteln, welche Gruppen man nicht erreichen konnte. Diese sollten dann gezielt in einer zweiten Runde (z.B. über Multiplikatoren/aufsuchende Formate) angesprochen werden. Die Auftaktveranstaltung hat in der Vorbereitungsphase das Ziel über

das Programm zu informieren, die Beteiligungsformate zu erläutern, Themenschwerpunkte abzufragen und Arbeitsgruppen einzurichten.

In der Umsetzungsphase wird das Quartiersmanagement eingerichtet. Wichtige Faktoren seien hier die (Team)-Kompetenzen der Beteiligten, die Anbindung an die Verwaltung sowie die Zeitperspektive. Wichtig sei es außerdem, funktionierende Beteiligungsstrukturen (Quartiersrat) und Lenkungsstrukturen (Lenkungsrunde) zu entwickeln und zu etablieren. Es gelte das bereits vorhandene Eigenengagement zu unterstützen oder neues zu wecken. Dabei könnten Verfügungsfonds unterstützen. Sie seien schnell und unkompliziert und könnten deswegen auch gut in der Anfangsphase eingesetzt werden. Zudem können auch über Verfügungsfonds hinausgehende Fondsstrukturen, die in gesamtstädtischen Strategien eingebettet werden, in der Sozialen Stadt entwickelt werden, wie z.B. in Berlin oder auch Bremen. Diese haben einen großen Stellenwert für Beteiligungsprozesse. In der Praxis gebe es große Unterschiede in der Umsetzung von Verfügungsfonds: Förderhöhe, Finanzierungsquellen, Mitentscheidungsmöglichkeit, Aufgaben der Geschäftsstelle. Motivierend wirkten Flexibilität und Kurzfristigkeit in der Umsetzung der Maßnahmen, geringe Bürokratie, hohe Selbstverantwortung und der Experimentiercharakter.

Als gute Beispiele für Aktivitäts- und Aktivierungsprojekte stellte Timo Heyn die Projekte „Elternmentoren“ in Schwäbisch Gmünd, „Stadtteilmütter“ in Neukölln und Köln Mülheim sowie „Unternehmensengagement“ in Nienburg vor. Außerdem berichtete er vom Letteplatz in Berlin, ein Beispiel für ein gelungenes beteiligungsorientiertes bauliches Projekt (Platzgestaltung).

Ein wichtiger Faktor für eine erfolgreiche Prozesssteuerung (die auch Beteiligungsprozesse einschließt) sei u.a. eine durchgängige Evaluation, die bereits am Anfang des Prozesses beginnen sollte – mit evaluierbaren und „smarten“ Zielen. Dabei sollte man diese Ziele im Laufe des Prozesses selbstkritisch prüfen.

Timo Heyn schloss mit dem Resümee ab, dass die Beteiligung von der Mikro- bis zur Makroebene und über alle Phasen hinweg als durchgängiger Prozess zu sehen sein sollte. Wichtige Erfolgsfaktoren seien außerdem Verbindlichkeit, der Einbezug von bestehenden Strukturen, Raum für Lernerfahrung und die Verstetigung der Projekte.

Im Anschluss an den Vortrag kam die Frage im Publikum auf, in welchen Bundesländern die meisten Beteiligungsprozesse laufen und warum? Laut Timo Heyn gibt es z.B. in den Programmgebieten der Stadtstaaten sehr weitgehende Beteiligungsprozesse, bis hin zur Mitbestimmung beim Einsatz von Programmmitteln. Außerdem habe NRW lange Erfahrung mit dem Programm „Soziale Stadt“ gesammelt – was sich in der Programmpraxis und auch in der Qualität der Beteiligung niederschlägt.

Antje Eickhoff von der Montag Stiftung Urbane Räume ergänzte, dass aus ihrer Sicht Vertrauen ein weiterer Erfolgsfaktor in Beteiligungsprozessen sei. Man müsse von Beginn an Verantwortung an die beteiligten Bürger abgeben. Die Ideen müssten von den Bewohnern ausgehen und sie sollten aktiv mitgestalten können. Timo Heyn unterstützte die Aussage von Frau Eickhoff und ergänzte, dass Aufgaben in Beteiligungsprojekten bewusst an die Bürgerschaft abgegeben werden sollten, damit die Bürger eingebunden werden und eine motivierende Verantwortung spüren.

Ein Teilnehmer aus Hessen stellte die Fragen, warum Verfügungsfonds als ein so bedeutendes Instrument in der Partizipation angesehen werden. Herr Heyn erläuterte, dass Mitbestimmung ein wichtiger Erfolgsfaktor sei und dass Verfügungsfonds hierfür ein einfaches und effektives Instrument seien. Sie seien außerdem ein Schlüssel um Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen.

Eine Teilnehmerin aus Essen, Nordrhein-Westfalen, wünschte sich einen stärkeren Austausch zwischen den Akteuren in den einzelnen Kommunen und Bundesländern, damit man gegenseitig von den Erfahrungen der anderen lernen könne. Außerdem habe sie die Erfahrung gemacht, dass die Bürokratie in den Beteiligungsprozessen oft so hoch sei, dass Bürger kein Interesse hätten, sich zu engagieren. Timo Heyn antwortete hierauf, dass er noch keine grundsätzliche Beteiligungsmüdigkeit feststellen konnte. „Viele Bürger wollen teilhaben, aber es besteht auch

Innovationsbedarf in der Form, wie dies ermöglicht wird.“ Wichtig sei, zielgruppenorientierte Beteiligungsformate zu entwickeln. Bei der Ansprache von jüngeren Gruppen seien z.B. Formate wichtig, die auch ein unverbindlicheres Mitwirken im Projekt ermöglichen.

Von einem Teilnehmer aus Baden-Württemberg kam die Frage, welche Erfahrungen Timo Heyn in kleineren Gemeinden gemacht habe – hier sei die Herausforderung, den hohen Aufwand, der durch Beteiligungsprozesse entstehe, mit den begrenzten zur Verfügung stehenden personellen Mitteln zu vereinbaren, besonders groß. Timo Heyn wies darauf hin, dass es generell - aber bei kleineren Kommunen insbesondere - wichtig sei, Akzeptanz in Verwaltung und Politik für die Finanzierung von Beteiligungsprozessen zu schaffen. Maßgeblich sei außerdem das Engagement der Hauptakteure, wie dem Quartiersmanager. Gerade in Gemeinden seien kleine überschaubare und vor allem leistbare Projekte wichtig. Sie könnten sich, wenn sie die Menschen begeistern, zu Projekten mit Selbstläufercharakter weiterentwickeln – wie z.B. die Geschichte eines Mütter-Kochkurses im Programmgebiet Lindau Zech, der sich dann zu einem kleinen Cateringunternehmen weiterentwickelt hatte.

Wolfgang Stehmer vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg, Referat Städtebauliche Erneuerung berichtete von den Erfahrungen des Landes Baden-Württemberg mit Partizipation in der Städtebauförderung. Er gab zunächst einen Überblick über die aktuell acht Programme der Städtebauförderung in Baden-Württemberg. Dabei ging er näher auf das Programm „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ (SIQ) ein und erläuterte die Rahmenbedingungen des Programms. Beispielprojekte, die im Rahmen des SIQ finanziert wurden, seien Kindertagesstätten, Jugendhäuser, Bürgerzentren sowie Familien-, Begegnungs- und Integrationszentren.

Ein weiteres Programm, in dem Partizipation eine wichtige Rolle spielt, ist das neue Programm „Zukunft Stadtgrün“, bei dem die Verbesserung der Aufenthaltsqualität in den Quartieren im Mittelpunkt steht.



Wolfgang Stehmer vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg, Foto: die STEG

Wolfgang Stehmer zeigte die Rahmenbedingungen der Programmausschreibung 2017 in Baden-Württemberg auf und ging dabei auch auf die aktuellen Programmschwerpunkte ein. Fördervorrang hätten durch Ministerratsbeschluss die Schaffung von Wohnraum und militärische Konversionen. Partizipation sei ein wichtiges Thema bei Neu- und Aufstockungsanträgen. Ein umfassendes gesamtstädtisches Entwicklungskonzept unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sei zwingende Voraussetzung für die erfolgreiche Programmaufnahme. Weitere Maßnahmen, die die Partizipation in der Städtebauförderung stärken sollen, seien u. a. die nichtinvestive Städtebauförderung (NIS), das Gesetz zur Stärkung der Quartiersentwicklung durch Privatinitiative (GQP), der Wettbewerb Stadt-Bürger-Dialog sowie der jährlich stattfindende Tag der Städtebauförderung. Wolfgang Stehmer erläuterte abschließend das NIS-Programm 2017 und das Gesetz zur Stärkung der Quartiersentwicklung durch Privatinitiative und ging auf das Projekt Stadt-Bürger-Dialog ein.

Im Nachgang wurden insbesondere die Fördermittel diskutiert, die für nichtinvestive Maßnahmen im Rahmen des NIS in Baden-Württemberg zur Verfügung stehen: 100.000 Euro verteilt auf fünf Jahre. Aus den Reihen der Teilnehmer wurde darauf hingewiesen, dass es unter Umständen schwierig sei mit dieser Summe nichtinvestive Maßnahmen erfolgreich umzusetzen, da allein die Kosten für einen Quartiersmanager diesen Betrag in der Regel übersteigen würden.

Unter Umständen würde das die Motivation in der Bürgerschaft hemmen, Ideen umsetzen zu wollen. Wolfgang Stehmer wies darauf hin, dass im Rahmen des normalen Programms sämtliche vorbereitenden Maßnahmen in der Sanierung über den Kommunalen Investitionsfonds gefördert werden. Hierzu gehörten auch partizipative Maßnahmen, wie Informationsveranstaltungen oder Bürgerbefragungen. Die Kosten für diese Maßnahmen würden nicht zu Lasten des Topfes für nichtinvestive Städtebaufördermittel gehen.

Arnold Jung, Abteilungsleiter Fachbereich Stadtplanung und **Nadja Wersinski**, Fachbereich Rat, Beteiligung und Wahlen, Team Bürgerschaft und Beteiligung der Stadt Mannheim rundeten den Vormittag mit ihrem Beitrag aus kommunaler Sicht ab: „Bürgerbeteiligung aktiv gestalten!“.

Arnold Jung gab den Teilnehmern einen Überblick über die Erfahrungen der Stadt Mannheim in der Städtebauförderung. Seit über 45 Jahren ist die Stadt in der Stadterneuerung aktiv. In dieser Zeit seien 60 Sanierungsgebiete mit 12 unterschiedlichen Förderprogrammen der Städtebauförderung umgesetzt worden. Dabei wurde der erste Bürgerbeteiligungsprozess in 2001 im Rahmen der Maßnahme „Frischer Mut“ (Programm Soziale Stadt) zur Gestaltung von Wohnanlagen durchgeführt. Aktuell laufen in Mannheim zehn Stadterneuerungsmaßnahmen u. a. in den Programmen Soziale Stadt, Stadtumbau West, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren sowie im Landessanierungsprogramm.



Arnold Jung, Stadt Mannheim, Foto: die STEG

Nadja Wersinski berichtete vom neuen Regelwerk für Bürgerbeteiligung der Stadt Mannheim. Eines der acht strategischen Ziele der Stadt sei die Bürgerstadt. Die Vielfalt der Bürgerbeteiligung in Mannheim sei zwar groß – sie solle jedoch verbessert werden, indem die Qualität der Beteiligungsprozesse vereinheitlicht und hierdurch mehr Akzeptanz ermöglicht wird. Vor diesem Hintergrund wurde eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der Verwaltung und des Gemeinderats gegründet, um ein Regelwerk für erfolgreiche Bürgerbeteiligung zu entwickeln. Ziel des Regelwerks ist die Sicherung der Qualität in der Partizipation durch Klarheit und Verbindlichkeit. Das Regelwerk beschreibt ein gemeinsames Grundverständnis zur Bürgerbeteiligung, definiert den Prozess, legt die Rollen und Aufgaben von Politik und Verwaltung fest und gibt Qualitätsstandards vor. Wichtige Instrumente erfolgreicher Bürgerbeteiligungen, die für Transparenz, Planbarkeit, Umsetzungsstärke und Nachhaltigkeit sorgen, seien in

den Prozess aufgenommen worden: zentrale Koordinationsstelle, Beteiligungsportal, Vorhabenliste, Projektbegleitgruppe, Beteiligungsbeirat (Evaluation), Monitoring, usw.

Nadja Wersinski erklärte, dass sich das Regelwerk aktuell bis Ende 2018 in der Pilotphase befindet. In dieser Zeit werden der Prozess und die neuen Angebote und Maßnahmen getestet, bevor das Regelwerk im Gemeinderat beschlossen wird.



Nadja Wersinski, Stadt Mannheim
Foto: die STEG

Im Anschluss an die Vorstellung des Regelwerks wurde die Stadt Mannheim von den Teilnehmern gelobt, dass sie sich die Zeit nimmt einen Prozess und Regeln für die erfolgreiche Bürgerbeteiligungen festzulegen. Es wurde auch an dieser Stelle wieder festgestellt, dass es wichtig sei, dass sowohl die Verwaltung als auch der Gemeinderat Aufgaben und Verantwortung an die Bürgerschaft abgeben müssen. Erst dann würden die Bürger die Projekte als ihre eigenen annehmen und engagiert umsetzen. Arnold Jung ergänzte, dass es außerdem wichtig sei, dass der zeitliche Ablauf einer Bürgerbeteiligung klar und realistisch definiert sein müsse. Wenn Projekte erfolgreich abgeschlossen werden, schafft das Vertrauen in der Bevölkerung.

Themenwerkstätten zur Partizipation in der kommunalen Förderpraxis

Am Nachmittag konnten die Teilnehmer an zwei von insgesamt vier angebotenen Themenwerkstätten teilnehmen. In allen vier Themenwerkstätten erhielten die Teilnehmer einen thematischen Input. Dieser war Grundlage für die anschließende gemeinsame Diskussion zur Frage, was Erfolgsfaktoren in der Bürgerbeteiligung sind.

Themenwerkstatt 1: Strategien zur Sozialplanung

Nicole Schubert und Wiebke von Wietersheim von der Stadt Stuttgart stellten als Grundlage für die anschließende Gruppendiskussion Maßnahmen zur Sozialplanung in der Stadterneuerung in Stuttgart (gem. § 180 BauGB „Sozialplan“) vor. Dazu gehören Angebote wie Unterstützung beim Umzug, Beratung bei Antragstellungen, Unterstützung bei der Suche nach Wohnraum/Ersatzstandorten und Umzugsbeihilfe. Die Sozialplanung soll in Stuttgart sukzessive ausgebaut werden und künftig mehr Aufmerksamkeit auf die Erarbeitung gebietsbezogener Sozialpläne richten. Diese sollen mögliche Problemfelder anhand von interdisziplinären Untersuchungen des Stadtteils frühzeitig identifizieren, um bereits hier Sanierungsziele anpassen zu können.

In der anschließenden Diskussion stellten die Teilnehmer fest, dass sich die Partizipation in der Sozialplanung insbesondere dadurch charakterisiert, dass sie in erster Linie negative Auswirkungen für die Beteiligten behandelt, für die Lösungen gefunden werden sollen. Im Vordergrund stehen persönliche Herausforderungen, wie z.B. der Verlust einer (günstigen) Wohnung. Partizipation erfolgt dabei überwiegend durch persönliche Gespräche.

Es zeigte sich außerdem, dass die verschiedenen Städte und Gemeinden Sozialplanung sehr unterschiedlich betreiben - je nach Größe, Verortung der Sozialplanung in der Verwaltung, Herausforderungen vor Ort, etc.

Folgende Erfolgsfaktoren für die Partizipation in der Sozialplanung erörterten die Teilnehmer:

- Kontinuität im Prozess durch die Erarbeitung fundierter Grundlagen und daraus abgeleiteten verbindlichen Leitplanken
- Gebietsbezogener Sozialplan als verbindliche Grundlage für die Umsetzung der Sozialplanung. Dieser sollte auf die spezifische Situation im Gebiet zugeschnitten sein.
- Vorhandensein ausreichender Datengrundlagen als Grundlage und für Monitoring, insbesondere Sozialdaten.
(Die Beschaffung und Auslegung von Daten sei in der Praxis jedoch oft schwierig.)
- Ermittlung von Belangen der Betroffenen in der Phase der vorbereitenden Untersuchungen, bspw. durch persönliche Befragungen



Gruppenarbeit in der Themenwerkstatt 1: Strategien zur Sozialplanung, Fotos: die STEG

- Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept: ganzheitliche Vision für das Gebiet in Abstimmung mit übergeordneten Ebenen
- Entwicklung von Instrumenten im Rahmen der vorbereitenden Untersuchungen; z.B. spezifische Förderbedingungen, geforderte Anteile Sozialwohnungen
- Weichen stellen am Übergang von vorbereitenden Untersuchungen zur Sanierungsdurchführung, z.B. im Rahmen des Satzungsbeschlusses, Beschlüsse zu Sanierungszielen, Fördermodalitäten, etc.
- Fortschreibung der Zielsetzungen und Anpassung an eventuelle Änderungen der Rahmenbedingungen im Laufe der Sanierungsdurchführung
- Beziehung und Vertrauen aufbauen zu den Betroffenen, z.B. in Einzelgesprächen
- Interdisziplinäres Team, möglichst mit sozialberuflicher Qualifikation
- Ausreichende Ressourcen
- Kooperation mit Agenturen für Arbeit, Wohnungsbauunternehmen, sozialen Trägern etc.



Gruppenarbeit in der Themenwerkstatt 1: Strategien zur Sozialplanung, Fotos: die STEG

Themenwerkstatt 2: Nichtinvestive Städtebauförderung

Dieter Gohl von der Stadt Bruchsal (Sanierungsstelle im Stadtplanungsamt) stellte in seinem Input das Vorgehen der Stadt vor, die sich seit etwa 10 Jahren sehr erfolgreich um Programme bewirbt, die über die reine, investive Städtebauförderung hinausgehen. Hierzu zählen die Modellvorhaben im Programm Soziale Stadt, das ESF-Programm „Stärken vor Ort“ sowie seit 2015 das Landesprogramm „Nichtinvestive Städtebauförderung (NIS)“. Dieter Gohl betonte, dass die Schwerpunkte der nichtinvestiven Städtebauförderung in drei Bereichen liegen, und zwar:

1. Sprache (u.a. Einzel- und Gruppensprachförderung, theatrale Sprachförderung)
2. Qualifikation (handwerkliche Qualifikation, berufliche Qualifikation, soziale Qualifikation)
3. Quartier (soziale Kontakte, kulturelle Kontakte, kommunikative Kontakte)

Insbesondere schwer erreichbare Zielgruppen, wie Kinder und Jugendliche oder berufstätige Frauen konnten mit zahlreichen geförderten Projekten erreicht werden.

Im Anschluss an den Input durch Dieter Gohl diskutierten die Teilnehmer zu Besonderheiten und Erfolgsfaktoren der nichtinvestiven Städtebauförderung. Große Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern bestehen in der konkreten Programmausgestaltung. So spielen die Themen Quartiersmanagement und Verfügungsfonds z.B. in NRW bereits seit über einem Jahrzehnt eine wesentliche Rolle. In einigen Ländern wie z.B. Rheinland-Pfalz werden keine „Projekte“, sondern „Strukturen“ gefördert. In der Themenwerkstatt 2 „Nichtinvestive Städtebauförderung“ kamen die Gruppen zu folgenden weiteren Erkenntnissen:

- Empfehlenswerte enge Abstimmung auch der nichtinvestiven Maßnahmen mit dem Gemeinderat (beim NIS-Programm in BW ist ein Beschluss Voraussetzung für eine Förderung), ggf. alternativ Einrichtung von bewohnerorientierten Jurys (NRW)
- Offenheit bei möglichst vielen Zielgruppen erreichen
- Regelmäßige Evaluierung der geschaffenen Strukturen bzw. konkreten Projekte: Was war erfolgreich, was nicht?
- Anregung an BW: Der Förderzeitraum im NIS-Programm, max. 5 Jahre, ist zu kurz!
- Erarbeitung von länderspezifischen Arbeitshilfen, z.B. zum Einsatz von Verfügungsfonds
- Engerer Erfahrungsaustausch zwischen den Bundesländern erwünscht



Gruppenarbeit in der Themenwerkstatt 2: Nichtinvestive Städtebauförderung, Fotos: die STEG

Themenwerkstatt 3: Partizipation und Konversion

Laura Todaro von der MWS Projektentwicklungsgesellschaft mbH Mannheim stellte als Diskussionsgrundlage zum Thema Partizipation und Konversion die aktuell laufende Entwicklung der 6 ehemaligen Militärstandorte (insgesamt 510 Hektar) in Mannheim vor. Im breit angelegten Bürgerbeteiligungsprozess zu Beginn der Entwicklung entstanden über 1000 Ideen. Diese wurden durch Experten und Fachplaner in einem interaktiven Prozess in realisierbare Konzepte übertragen. Dieses Vorgehen sorgte für Akzeptanz und Unterstützung in der Bürgerschaft. Umgesetzt werden nun Projekte im Mietwohnungsbau, in der Gewerbeansiedlung und im Bereich der Kunst und Kulturnutzung. Auf dem Franklin-Areal entsteht aktuell ein urbanes multikulturelles Stadtquartier unter Vorgaben der nachhaltigen Entwicklung. Hier fand eine spezielle Beteiligungsform statt: die Franklinfactory, mit regelmäßigen Infoveranstaltungen, Workshops, Diskussionen u.a. zum interkulturellen Austausch.

Im Anschluss an den Input durch Laura Todaro diskutierten die Teilnehmer zu Besonderheiten und Erfolgsfaktoren der Partizipation in der Konversion. Die Gruppe kam zu folgendem Ergebnis:

- Es gibt nicht DAS „bewährte Beteiligungsformat“ für Konversionen, weil die Rahmenbedingungen je nach Konversion sehr unterschiedlich sind (bspw. Größe der Kommune, Lage der Konversionsfläche – integrierter Standort vs. außerhalb liegender Standort, usw.)
- Beteiligungsformate müssen sensibel in Abstimmung mit lokalen Gegebenheiten und Mentalitäten ausgewählt werden
- Roter Faden muss für die Bürger erkennbar ein: Information und Mitwirkung in Leitplanken fassen. In Mannheim bewährt: zu Beginn des Prozesses Bürgerwerkstätten zur Klärung von Nutzung und Bedarf in Clustern (wie Wohnen, Grün und Freiraum, Freizeit, Kultur, Gewerbe) und diese immer wieder zusammengefasst in insgesamt vier Weißbüchern und von Politik bestätigt.



Gruppenarbeit in der Themenwerkstatt 3: Partizipation und Konversion, Fotos: die STEG

- Nachbarschaftsbeteiligung nicht zu eng fassen: nicht nur direkt betroffene Nachbarn beteiligen sondern in passendem Kontext Bürger einbeziehen (offener Prozess)
- Bürgerentscheid wird auf Grund der Komplexität im Kontext Konversion als nicht geeignet angesehen - Problematik kann meist nicht vermittelt werden. Besser geeignet: offene Beteiligungsformate mit einem transparenten Umgang mit dem Input



Gruppenarbeit in der Themenwerkstatt 3: Partizipation und Konversion, Fotos: die STEG

Themenwerkstatt 4: Gemeinwohlorientierte Quartiersentwicklung

Antje Eickhoff von der Montag Stiftung Urbane Räume stellte als Einstieg in die Diskussionsrunde die Stiftung vor, die ihren Zweck im Handeln in sozialer Verantwortung und im Gestalten von Chancengerechtigkeit vor Ort zur gemeinwohlorientierten Quartiersentwicklung sieht. Die Pfeiler ihrer Arbeit sind das „Unterstützen“ von bestehenden und entstehenden Initiativen, das „Gemeinsame Entwickeln“ mit Initialkapital für Impulse in benachteiligten Stadtteilen, Investitionen in Immobilien und die Entwicklung von Modellbausteinen sowie das „Netzwerken“, um Erfahrungen zu teilen, Inspirationen zu finden und Bündnisse zu bilden.

Als konkrete Beispiele für ihre Arbeit stellte Antje Eickhoff die Initialkapital-Projekte „Krefeld Samtweberviertel“ und „Halle-Freimfelde“ vor. In „Quartieren mit Bedarf“ wird in Immobilien investiert. Niedrige Anfangsinvestition im Sinne einer niederschweligen Instandsetzung mit viel Eigenleistung fördere dabei die Kreativität der Akteure vor Ort. In der Regel handele es sich bei den Finanzmitteln um einen Mix aus Stiftungsmitteln und Städtebaufördermitteln. Es entsteht somit in der Regel eine vertragliche Vereinbarung zwischen der Stiftung, der Stadt und lokalen Initiativen. Durch die Nutzung (Vermietung, Aufbau Quartiersmanagement, Quartiersfonds) wird aus den Stiftungsmitteln eine Rendite erzielt, die wieder ins Quartier zurückfließt, zur Erhaltung der Gemeinnützigkeit („soziale Rendite“). Wichtig sei, dass die Rendite vor allem in Menschen investiert werde und nicht nur in „Steine“. So unterstützt die Stiftung die Gemeinwesenarbeit in den Quartieren mit kreativen Ansätzen, wie etwa die „1/2 Miete“: im Mietvertrag wird festgelegt, dass pro qm eine Stunde gemeinnützige Arbeit im Quartier geleistet wird. Der Erfolg der Stiftungsarbeit liege in der Kombination von experimentellen, kreativen Elementen mit bewährten Methoden des Quartiersmanagements.

Die Teilnehmer der Themenwerkstatt identifizierten folgende Erfolgsfaktoren für eine gemeinwohlorientierte Quartiersentwicklung:

- Notwendige Bedingung: Quartiere dürfen im sozialen Sinne noch nicht „ganz gekippt sein“, sondern müssen sich noch im „indifferenten Gleichgewicht“ befinden
- Bürger/-innen nicht nur einladen, sondern willkommen heißen und gezielt auf drei unterschiedliche Zugänge setzen: jeweils 1/3 der Teilnehmer/-innen
 - Einladung mit klassischen Medien wie Zeitung, Amtsblatt, u.a. (hier kommen häufig nur die „üblichen Verdächtigen“)



Gruppenarbeit in der Themenwerkstatt 4: Gemeinwohlorientierte Quartiersentwicklung, Foto: die STEG

- bewusste Ansprache von bestimmten Zielgruppen, die sonst unterrepräsentiert wären (Jugendliche/Kinder, Menschen mit Migrationshintergrund, o.ä.)
- Haustürgespräche mit Einladungsanhänger
- Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement bedingen sich gegenseitig und sollten unbedingt miteinander verknüpft werden.
- Ziel der Bürgerbeteiligung: Aktivierung („Empowerment“) der Quartiersbevölkerung, um Mehrwert zu schaffen für gutes Zusammenleben in der Nachbarschaft
 - Aktivierung („Empowerment“) geht über die klassische Beteiligung hinaus, d.h. ist mehr als informieren (z.B. Informationsveranstaltungen), konsultieren (z.B. in Befragungen, öffentlichen Diskussionsveranstaltungen und Stellungnahmen) und mitbestimmen (in Arbeitsgruppen, Runden Tischen, Mediationen). Kampagnen, in denen jeder etwas beiträgt und vom Konsumenten zum Mitgestalter wird („Ich gebe Dir“, „Eine Hand klatscht nicht allein“...)
 - Bürgeraktivierung über gemeinsam organisierte regelmäßige Treffen, Nachbarschaftsfeste und neue Kooperationen zwischen den Institutionen vor Ort anregen
 - Empowerment sollte von der Motivation der einzelnen Gruppen im Quartier ausgehen („sich selber aktivieren“). Dafür ist es wichtig, dass man Impulse zur „Selbstaktivierung“ setzt.
- Beteiligungsprozess nicht sequenziell denken und zeitlich befristet auszurichten, sondern bereits die Verstetigung der Beteiligung von Anfang an mitdenken.
- Der Beteiligungsprozess bzw. die gemeinwohlorientierte Quartiersentwicklung hat keinen festen Fahrplan, sondern sollte als offener Prozess organisiert werden.
- Notwendige Bedingung für eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung:
 - Verzahnung von Bürgerbeteiligung mit bürgerschaftlichem Engagement
 - Verzahnung von investiven Maßnahmen mit nichtinvestiven (gemeinwohlorientierten) Maßnahmen;
 - Einrichtung von Verfügungsfonds für die Unterstützung lokaler Ideen
 - Teilhabe braucht Offenheit, Transparenz und ausreichend Zeit
 - Schneller Start und Schritt für Schritt das Expertenwissen der Bewohnerschaft einbinden
 - Quartiersmanagement mit Nachbarschaftsladen als institutioneller Rahmen



Gruppenarbeit in der Themenwerkstatt 4: Gemeinwohlorientierte Quartiersentwicklung, Foto: die STEG

Podiumsgespräch mit den Referenten und Diskussion im Plenum

Im Anschluss an die vier Themenwerkstätten stellten die Gruppen ihre Ergebnisse im großen Plenum vor. Gemeinsam mit den Referenten wurde die zentrale Frage, nach den Erfolgsfaktoren in der Bürgerbeteiligung, abschließend diskutiert. Im Laufe der Veranstaltung seien viele gute Beispiele für gelungene Partizipation gezeigt worden und Erfolgsfaktoren wurden benannt. Wichtig sei nun vor allem der Austausch zwischen den Akteuren in den verschiedenen Kommunen und Bundesländern. Es sei wichtig, dass man voneinander lernen könne.



Abschluss Podiumsdiskussion, Fotos: die STEG

Herr Dr. Frank Friesecke und Herr Jürgen Gödecke-Stellmann bedankten sich abschließend bei den Referenten und Teilnehmern für den sehr wertvollen Austausch. Bürgerbeteiligung werde weiterhin ein wichtiges Thema in der Städtebauförderung sein, das es gelte zu unterstützen, z.B. durch Leitfäden oder Foren für den Austausch zwischen Kommunen und Akteuren.